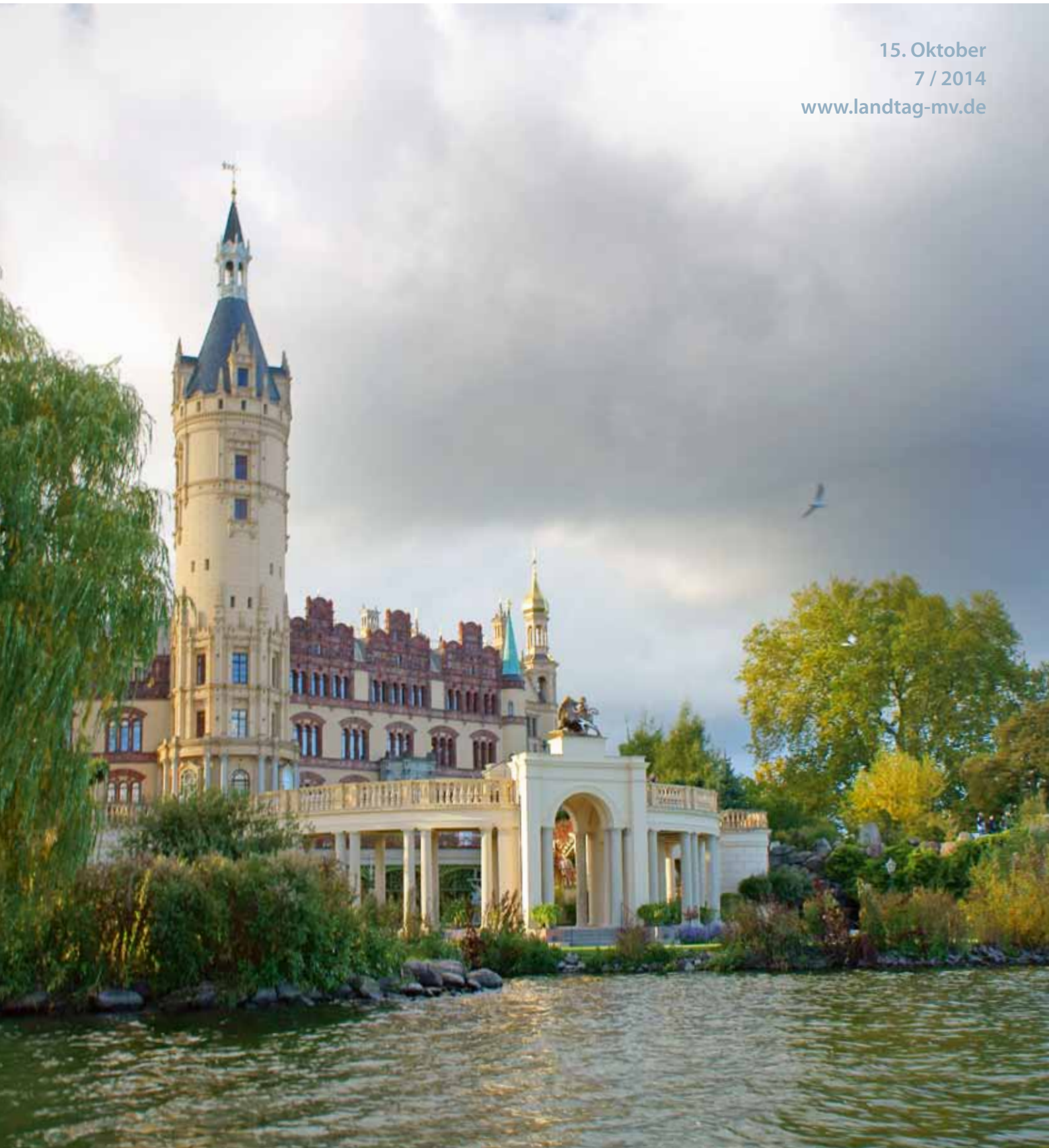


LANDTAGS NACHRICHTEN

15. Oktober

7 / 2014

www.landtag-mv.de



+++ Debatte zum Russlandtag der Landesregierung +++ Schulgesetz – Landeszuschüsse für Privatschulen +++
Ferienwohnungen in Wohngebieten +++ Karenzzeit für Minister und Staatssekretäre? +++ Grundlagen-Expertise
„Mobilität im Alter“ +++ Baustelle Schloss: Wie weit ist der Bau des neuen Plenarsaals? +++



Titelfoto (Uwe Sinnecker) Orangerie und Hauptturm des Schweriner Schlosses

3	GASTKOLUMNE	Maike Gross (NDR) zur Gewerbesteuer-Beteiligung von Windpark-Gemeinden
4 – 17	AUS DEM PLENUM	
4	Aktuelle Stunde	„Zusammenarbeit mit Russland stärken und ausbauen – Ja zum Russlandtag“
5 – 8	Berichte	Ferienwohnungen in Wohngebieten Beteiligung des Landtages bei der Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogramms Gewerbesteuer-Beteiligung der Standortgemeinden von Windkraft- und Solaranlagen
8 – 9	Weitere Beschlüsse	Staatsvertrag mit Niedersachsen über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze und zur Änderung der Vogelschutzgebietslandesverordnung Änderung Schulgesetz (Landeszuschüsse für Privatschulen) Gesetz über die Rechtsverhältnisse von Ministerpräsident und Ministern/ Karenzzeiten für Mitglieder der Landesregierung Volksbegehren Gerichtsstrukturreform Umgang mit nicht überlebensfähigen Ferkeln Olympia in Mecklenburg-Vorpommern?
10 – 17	Auszüge aus der Debatte	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Russlandtag absagen
18 – 21	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Europa- und Rechtsausschuss:</i> 23. Ostseeparlamentarierkonferenz in Olsztyn Präsidentenkonferenz der Parlamente des Europarates in Oslo Informationsfahrt nach Kroatien <i>Energieausschuss:</i> Informationsbesuch beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie Rostock sowie bei der NORDEX GmbH Rostock <i>Agrarausschuss:</i> Unterrichtung zur Richtlinie der Landesregierung zu tierschutzkonformen Tötungsverfahren für Ferkel <i>Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“:</i> Grundlagen-Expertise „Mobilität im Alter“
22 – 23	SCHLOSSGESCHICHTEN	Frischer Wind im Plenarsaal – Bauarbeiten für den Neubau laufen nach Plan

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Kampf gegen Windmühlen?

Mit Speck fängt man Mäuse. Und mit Geld könnte die Politik Gemeinden davon überzeugen, Windparks auf ihrem Grund und Boden zu akzeptieren. Das dürfte in etwa die Grundüberlegung gewesen sein, die hinter der Debatte in der vergangenen Landtagsitzung steckt.

Es ist ein ziemlich trockenes Thema: SPD und CDU wollen die Zerlegung der Gewerbesteuer noch einmal nachbessern. Ganz konkret fordern die Koalitionsfraktionen, dass die installierte Leistung eines Windparks besteuert wird. Das ist auch durchaus auf Zustimmung bei der Opposition gestoßen. Nun soll die Landesregierung nach dem Willen des Landtages eine Initiative im Bundesrat starten, durch die die Gewerbesteuer noch einmal geändert wird. So sollen mehr Steuern in der Gemeinde bleiben, in der der Windpark steht, und nicht in der, in der der Betreiber seinen Firmensitz hat.

Diese Initiative soll ein geplantes Gesetz zur Bürgerbeteiligung an Windparks flankieren. Das Gesetz ist gerade in der Ressortabstimmung. Kommt es, dann muss ein Windparkbetreiber Kommunen und Bürgern Anteile an seinem Park anbieten – sonst bekommt er keine Genehmigung. Mit diesem Gesetz beschreitet Mecklenburg-Vorpommern laut Energieminister Pegel juristisches Neuland. Bisher gibt es eine solche Form der Beteiligung in ganz Deutschland nicht.

Mit beiden Initiativen will die Landesregierung dafür sorgen, dass mehr Geld in die klammen Kassen der Kommunen gespült wird. Das ist eigentlich eine gute Idee. Bürger und Kommunen müssen etwas von der Energiewende haben – auch finanziell. Die Frage ist nur: Reicht das? Grundsätzlich befürwortet eine Mehrheit der Menschen in Deutschland die Energiewende weiterhin. Allerdings mit einer Einschränkung. Sie soll nicht vor der eigenen Haustür stattfinden. Das St.-Florians-Prinzip scheint auch vor Windrädern nicht haltzumachen. Die sollen sich woanders drehen.

Und vielleicht liegt hier das Grundproblem: Viele Menschen hier im Land fühlen sich von den Entscheidungen ausgeschlossen. Das zeigen Bürgerinitiativen wie in Tützpatz, Proteste wie die in Sülstorf oder Alt Zachun. Die einen wollen keine 200 Meter hohen Anlagen vor ihrer Tür stehen haben. Die anderen fühlen sich von der Politik über den Tisch gezogen, weil es einen neuen Windpark geben soll, der nicht in einem „Windeignungsgebiet“ steht. Mit einem Zielabwei-



Foto: privat

Maïke Gross (39), Studium der Geschichte, Politik und Slawistik in Göttingen. Volontariat beim Westfälischen Anzeiger in Hamm. Seit 2009 Autorin für den NDR-Hörfunk.

chungsverfahren soll der Windpark doch noch seine Legitimation bekommen. Die Menschen vor Ort – die fühlen sich allerdings übergangen.

Die Bürger fordern mehr als finanzielle Beteiligung, die am Ende vielleicht gar nicht ihnen, sondern doch der Nachbargemeinde zugutekommt. Sie fordern transparente Verfahren. Sie fordern, dass ihnen mit ihren Sorgen zugehört wird. Sie fordern, dass sie mitgenommen werden bei den Entscheidungen.

Wenn Mecklenburg-Vorpommern Energieland Nummer Eins sein will, dann geht das nur, wenn wirklich die Mehrheit der Bevölkerung hinter diesem Projekt steht.

„ Die Bürger fordern mehr als finanzielle Beteiligung. „

Eine Bundesratsinitiative, die vielleicht, in einigen Jahren, etwas mehr Geld in die Kassen spült, kann für ein wenig mehr Akzeptanz sorgen.

Ein Gesetz, das Bürger und Kommunen an Windparks beteiligt, kann vermutlich weiterhelfen.

Aber am wichtigsten muss es sein, die Menschen vor Ort mitzunehmen und in die Prozesse einzubeziehen – nicht nur finanziell. Sonst scheitert die Energiewende am Protest der Bürger.

Maïke Gross

Kontroverse um Russlandtag

Aktuelle Stunde im Landtag beschäftigt sich mit umstrittenem Wirtschaftstreffen

Russland zählt zu den wichtigsten Handelspartnern Mecklenburg-Vorpommerns. Dass der für den 30. September und 1. Oktober geplante „Russlandtag“ in Rostock bundesweit Aufsehen erregt, ist der politischen Großwetterlage geschuldet. Die Landesregierung hat deutlich gemacht, dass sie an dem Wirtschaftstreffen mit Teilnehmern aus dem Nordwesten Russlands und aus M-V festhält. Dafür gab es Kritik von der Opposition, aber auch aus den Reihen der Union. Für die Aktuelle Stunde am 17. September hat die NPD-Fraktion das Thema „Zusammenarbeit mit Russland stärken und ausbauen – Ja zum Russlandtag“ auf die Tagesordnung gesetzt.

Rednerfotos: Uwe Balewski



Udo Pastörs (NPD)

Gerade wegen der „kriegerischen Handlungen in der Ostukraine“ müsse das Land am Russlandtag festhalten, sagte NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs**. Die „nationaldemokratische Position“ gehe dabei weit über reine Wirtschaftsinteressen hinaus. Russland sei nicht nur wichtiger Rohstofflieferant. „Die Deutschen und die Russen ergänzen sich in ihrer wirtschaftlichen Potenz ebenso wie auf kulturellem und militärischem Gebiet“, so Pastörs. Der Russlandtag in Mecklenburg-Vorpommern sei ein unverzichtbarer kleiner Baustein zur Verbesserung der deutsch-russischen Beziehungen. „Dass an dieser Verbesserung der größte Kriegstreiber nach 1945, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, kein Interesse haben kann, liegt auf der Hand“, hob der NPD-Politiker hervor.

Der Russlandtag stelle kein Risiko dar, sondern biete einzig und allein „große Chancen der Verständigung bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und damit einer friedlichen Entwicklung zwischen unseren beiden Völkern“, betonte Pastörs. Es sei erstaunlich, „mit welcher Ignoranz gerade die Regierung in Berlin die Friedensangebote von Herrn Putin vom Tisch fegt und sich mit voreuseilendem Gehorsam auf die Seite Nordamerikas stellt“, fuhr er fort. Er warf den Grünen, die einen Antrag gegen den Russlandtag in den Landtag einbrachten, „Kriegstreibereien“ vor. „Deutschland, ja Europa braucht vernünftige, zuverlässige wirtschaftliche, kulturelle Beziehungen zu Russland! Was wir nicht brauchen, ist eine Fortschreibung des Besatzungsstatus Deutschlands durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika“, sagte der Vorsitzende der NPD-Fraktion.

Der SPD-Abgeordnete **Jochen Schulte**, der stellvertretend für alle vier demokratischen Fraktionen sprach, wies auf die vielen unterschiedlichen Meinungen hin, die es zum von der Landesregierung mitgeplanten und mitorganisierten „Russland-



Jochen Schulte (SPD)

tag“ gibt. Die Positionen der einzelnen Fraktionen würden am morgigen Tag im Rahmen der Plenardebatte zum Grünen-Antrag „Russlandtag absagen“ umfassend diskutiert werden. Doch das Ringen um ein Für und Wider der Wirtschaftsveranstaltung dürfe nicht gleichgesetzt werden mit „den törichten und plumpen und ... auf Dauer erfolglosen Agitpropversuchen der nach meiner festen Überzeugung zutiefst nationalistischen und rechtsextremistischen NPD“, betonte Schulte. Es müsse sachlich abgewogen werden, ob eine Absage des Russlandtages mehr nützt oder schadet. Diese Überlegung solle jeder Abgeordnete für sich treffen.

Die Gedankengänge seines Vorredners bezeichnete er als abstrus. Er verwies auf einen Beitrag, der im März unter der Überschrift „Urlaub auf der Krim – jetzt erst recht!“ auf der Internetseite des NPD-Landesverbandes erschienen war. Dort würden die Aktionen von EU und NATO als eine Art „Aktion Barbarossa für Arme“ bezeichnet. Die NPD setze damit die EU-Sanktionen, die in erster Linie auf die Reisefreizügigkeit einzelner Personen und den Zugang von Unternehmen zu bestimmten Märkten ausgerichtet seien, mit dem Krieg der Nationalsozialisten gegen die Sowjetunion gleich, der den Tod von Millionen Menschen und unendliches Leid für die Überlebenden verursacht habe. Dies verhöhne noch im Nachgang alle Opfer der Nationalsozialisten auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion „auf das Schädigste“, betonte Schulte. Die NPD unterstelle in dem Internet-Beitrag NATO und EU zudem, sich die Ukraine als „Herrschaftsgebiet“ sichern zu wollen, „Militärstützpunkte inklusive“, zitierte der SPD-Abgeordnete aus dem NPD-Beitrag. „Von dieser Basis aus hätten sie sich dann Rußland vorgenommen“, würde es weiter im Text heißen und dass dieses Land „bundesrepublikanisiert“ werden soll.

„Bundesrepublikanisieren – offensichtlich ein Schimpfwort im Duktus der NPD“, sagte Schulte. Diese Äußerungen dür-

fen seiner Ansicht nach nicht einfach als „Dummheit“ abgetan werden. Denn dann würde man das Weltbild der NPD verharmlosen, warnte der SPD-Politiker. „Es ist menschenverachtend, es ist rassistisch, von dem Dünkel der nationalen Überlegenheit geprägt, und es ist – das ist heute auch wieder gerade durch die Bemerkungen aus den Reihen der NPD deutlich geworden – zutiefst verfassungsfeindlich.“ Deshalb werde es im Landtag nie eine Gemeinsamkeit mit der NPD geben. „Auch nicht in der Bewertung des Russlandtages“, sagte Jochen Schulte.

Russlandtag

Das Thema Russlandtag debattierte der Landtag ausführlich am Folgetag, als der Antrag der Grünen „Russlandtag aufgrund aktueller Ereignisse in der Ukraine absagen“ auf der Tagesordnung stand. (Auszüge aus dieser Debatte können Sie auf den Seiten 10 bis 17 lesen.)

Streit um Ferienwohnungen

Bund soll Baunutzungsverordnung ändern

Der Streit um Ferienwohnungen in Wohngebieten schwelt in Mecklenburg-Vorpommern schon länger. So mancher Häuslebauer fühlt sich von ständig wechselnden Urlaubern in unmittelbarer Nachbarschaft gestört. Andererseits werden die Quartiere gerade in Urlaubshochburgen gebraucht und sichern oft auch ein Zusatzeinkommen für die Vermieter. Bisher sind Ferienwohnungen in Wohngebieten nicht erlaubt. Das könnte sich nun ändern. Mecklenburg-Vorpommern will über den Bundesrat eine Novelle der Baunutzungsverordnung erreichen, damit Ferienwohnungen in reinen Wohngebieten künftig möglich werden. Einen entsprechenden Auftrag an die Landesregierung erteilte der Landtag am 17. September mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Nur die NPD stimmte dagegen.

Die geltende Rechtslage stützt die Anwohner – Ferienwohnungen sind in Wohngebieten nicht erlaubt. In einigen Küstenregionen greifen die Behörden auch durch und sprechen Nutzungsverbote aus. Die Tourismuswirtschaft fürchtet um Tausende Gästebetten. Die zulässige Nutzung von Ferienwohnungen regelt das Bundesrecht.

Die Oppositionsfractionen Linke und Grüne haben in einem Antrag ein „Moratorium“ für bereits vorhandene Ferienwohnungen und -häuser in Wohngebieten gefordert. Begonnene Verfahren gegen die Ferienwohnungsbesitzer sollten nicht fortgesetzt bzw. neue nicht angestrebt werden.

Dieser Antrag sei im Wirtschaftsausschuss auch mit Experten in einer öffentlichen Anhörung beraten worden, sagte der Ausschussvorsitzende **Jochen Schulte**. Im Ergebnis empfehle der Ausschuss dem Landtag, die Regierung zu beauftragen, im Bundesrat auf eine Änderung der Baunutzungsverordnung hinzuwirken. So könne Rechtssicherheit geschaffen werden.

Regine Lück, Sprecherin für Landesentwicklung, Bau- und Wohnungspolitik der Linken, äußerte sich zufrieden mit dem Kompromiss, den die demokratischen Fraktionen gefunden haben. Es gebe nun zwar kein Moratorium. Aber ein Kompromiss sei besser als die Ablehnung des Antrages. Nach der habe es zunächst ausgesehen, als die Opposition den Antrag eingebracht habe. „Wirkliche Rechtssicherheit ist nur mit einer klarstellenden Änderung der bundesweit geltenden Baunutzungsverordnung zu erreichen“, sagte Lück. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Wolfgang Waldmüller** appellierte an die Verantwortung der Kommunen. „Die Situation um die Ferienwohnungen in Mecklenburg-Vorpommern und die Sorge über das besonders restriktive Vorgehen einiger Landkreise nehmen wir sehr ernst“, sagte er. Die Anhörung habe klar ergeben, dass der Landesregierung für ein landesweites einheitliches Moratorium aus rechtsstaatlicher Sicht die Hände gebunden seien, sagte Waldmüller. „Mit unserer Beschlussempfehlung wollen wir eine Unterstützung zur verhältnismäßigen Umsetzung geben.“

Die Erfolgsaussichten einer Bundesratsinitiative seien aus heutiger Sicht allerdings gering, räumte Wirtschaftsminister **Harry Glawe** ein. Nach wie vor lehnten bisher fast alle Länder eine Rechtsänderung in diesem Punkt ab. Das habe eine Umfrage bei den zuständigen Fachministerien ergeben. Zurzeit gebe es in den anderen Bundesländern auch keine vergleichbare Anzeige- und Klagewelle wie in Mecklenburg-Vorpommern, sagte der Minister weiter. Der Konflikt zwischen Dauerwohnen und Ferienwohnen bestehe in gewissem Maße derzeit noch in Schleswig-Holstein. „Der Weg zur Änderung der Baunutzungsverordnung wird kein Sonntagsspaziergang“, betonte Glawe. Er forderte die Behörden auf, mit Fingerspitzengefühl in Streitfällen zu Ferienwohnungen in Wohngebieten vorzugehen.



Foto: Jens Büttner

Positiv sieht auch **Jürgen Suhr**, Fraktionschef der Bündnisgrünen, den Kompromiss. „Aber ich befürchte, dass wir erst am Anfang der Debatte stehen“, sagte er. Es sei fatal, dass im Land erst reagiert werde, wenn es eine Klage- oder Anzeigenwelle gebe. Nun hoffe er, dass ein gemeinsames Vorgehen der Länder im Bundesrat zur Änderung der Bau-nutzungsverordnung erreicht wird.

NPD-Fraktionsvorsitzender **Udo Pastörs** bemängelte, dass sich mit dem Beschluss im Grunde gar nicht ändere. Die Hoffnung der betroffenen Anwohner auf Rechtssicherheit werde enttäuscht. Ferienwohnungen könnten weiter rechtswidrig betrieben werden. Deren Bau schieße ins Kraut. Das schade den Hoteliers und treibe die Mietpreise in die Höhe. Er sprach von einem „fatalen Kompromiss“, dem seine Fraktion nicht zustimme.

Rainer Albrecht (SPD) zeigte Verständnis für die Anwohner, die in den Sommermonaten stark belastet seien. Oft würde die Infrastruktur in den Ferienorten dem Urlauberansturm nicht standhalten. Er forderte die Kommunen auf, Augenmaß bei der Beurteilung der Zulässigkeit von Ferienwohnungen walten zu lassen.

*Antrag DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/2967
Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 6/3280*

Landes- raumentwicklung

Linke scheitert mit Antrag für direkte Parlamentsbeteiligung

Nach dem Willen der Linksfraktion soll der Landtag künftig direkt an der Gestaltung des Landesraumentwicklungsplanes mitwirken können. Dazu müsse das Landesplanungsgesetz umgehend geändert werden, forderte **Regine Lück** (DIE LINKE) am 17. September bei der Begründung des Antrages. Nur so könne garantiert werden, dass die gewählten Volksvertreter an wichtigen strategischen Entscheidungen zur Landesentwicklung beteiligt werden. Der Antrag der Linken wurde mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen abgelehnt, ebenso eine Detailberatung in den Fachausschüsse.

„Ohne diese Änderungen ist das Parlament bei diesen Fragen außen vor“, hatte **Regine Lück** (DIE LINKE) den Antrag ihrer Fraktion begründet. Eine Landtagsbeteiligung gehe nicht zu Lasten der bereits möglichen öffentlichen Beteiligung oder der Arbeit des Landesplanungsbeirates, sagte sie. Ihren Angaben zufolge ist in fünf anderen Bundesländern die Zustimmung des Landtages bereits Pflicht. Mecklenburg-Vorpommern sei das einzige Bundesland, in dem das Landesraumentwicklungsprogramm (LEP) oder der Raumordnungsplan ohne direkte Beteiligung des Parlaments fort-



Das aktuelle LEP aus dem Jahr 2005 wird zurzeit unter Federführung des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung mit breiter Beteiligung der Öffentlichkeit fortgeschrieben.

geschrieben oder neu aufgestellt werden. Dies müsse sich schon bald ändern. Denn 2015 solle ein neues LEP verabschiedet werden, das etwa zehn Jahre gelten werde. Dies müsse in den Fachausschüssen des Landtages bzw. im Parlament selbst diskutiert werden. „Noch ist genug Zeit, sich einzubringen“, sagte Lück.

Landesentwicklungsminister **Christian Pegel** lehnte den Antrag der Linksfraktion ab. Eine Zustimmungspflicht des Landtages berge die Gefahr, die Mitwirkung der Verbände, Vereine und Menschen im Land zu entwerten, sagte er. Zum Entwurf des neuen LEP seien bislang bereits 1.600 Stellungnahmen eingegangen. „Wir führen seit mehr als zwei Jahren ein komplexes Verfahren durch, an dem viele Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Städte und Gemeinden durch ihre Anregungen, Einwände und Stellungnahmen mitgearbeitet haben.“ In diesem Rahmen können sich seinen Worten nach auch Parlamentarier beteiligen. Er verwies zudem auf den Landesplanungsbeirat, dem vier Mitglieder des Landtages angehören. Dieses Gremium habe die Aufgabe, das Ministerium in grundsätzlichen Fragen bei der Landesraumentwicklung zu beraten. Vertreten seien hier unter anderem die kommunalen Spitzenverbände des Landes, die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, der Bauernverband, Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Hochschulen, Naturschutzverbände, Landes-Touristiker, Denkmalpfleger, Kirchenvertreter und die vier Regionalen Planungsverbände.

Dieser Argumentation schloss sich auch der CDU-Abgeordnete **Egbert Liskow** an. Er hielt die Rede für seinen Fraktionskollegen **Jürgen Seidel**, der nicht an der Landtagsitzung

Landes- und Regionalentwicklung

Das Landesraumentwicklungsprogramm M-V (LEP) enthält die Ziele und Grundsätze der Raumordnung und Landesplanung, die das ganze Land einschließlich des Küstenmeeres betreffen. Es stellt in Grundzügen die anzustrebende geordnete Entwicklung des Raumes dar, insbesondere im Hinblick auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Siedlungsstruktur, den Verkehr, die gewerbliche Wirtschaft, den Fremdenverkehr, die Land- und Forstwirtschaft, die Wasserwirtschaft und die Energiewirtschaft. Das LEP ist die Grundlage für die Regionalplanung in den Städten und Gemeinden.

teilnehmen konnte. Auch Liskow hob das große Interesse der Öffentlichkeit am LEP-Entwurf hervor. Die rund 1.600 eingegangenen Hinweise seien ein Beispiel für demokratische Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit. Eine Beratung in den Fachausschüssen des Landtages reicht seiner Meinung nach nicht aus. Deshalb werde seine Fraktion den Antrag der Linken ablehnen.

Johann-Georg Jaeger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hält die Forderung nach einer Zustimmungspflicht des Landtages dagegen für berechtigt. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Das Parlament vertrete schließlich rund 1,6 Millionen Einwohner des Landes, unterstrich er. Den Debatten im Landtag sei eine hohe Aufmerksamkeit sicher. „Das erhöht den Druck auf die Akteure“, betonte er.

Rainer Albrecht, Sprecher für Landesentwicklung der SPD-Fraktion, sieht die Position des Landesplanungsbeirats geschwächt, wenn das Parlament direkt in die Beratung einbezogen würde. „Deshalb ist die Forderung der Linksfraktion widersinnig und nicht zielführend“, sagte er. Der Entwurf des LEP wird seinen Worten nach von vielen Experten, darunter auch vier Landtagsmitglieder, begleitet. Er befürchte zudem zeitliche Verzögerungen für die Fertigstellung des neuen LEP. „Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Landes haben sich seit Inkrafttreten des Landesraumentwicklungsprogramms 2005 deutlich verändert. Herausforderungen haben sich teils zugespitzt, teils abgeschwächt, neue sind hinzugekommen. Auch vor diesem Hintergrund hat sich die Arbeit des Landesplanungsbeirats bewährt“, sagte Albrecht.

Der NPD-Abgeordnete **David Petereit** begrüßte den Antrag im Namen seiner Fraktion als „demokratische Herausforderung“. Seiner Ansicht nach ist bei der Landesplanung vor allem eine intensivere Entwicklung des ländlichen Raumes nötig. Er nannte unter anderen die gezielte Unterstützung „deutscher Familien“ auf den Dörfern und ein staatliches Programm zur flächendeckenden Internetversorgung als wichtige Maßnahmen. Er kritisierte, die Koalition sei zu wenig bereit, sachliche Lösungen zu finden.

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/3253

Die Enquete-Kommission plant zu diesem Thema am 28. November eine Sachverständigen-Anhörung.



Auf der Besuchertribüne des Plenarsaals können Gäste die Debatten verfolgen.

Foto: Jens Büttner



Gewerbesteuer

Standortkommunen von Windparks sollen höher beteiligt werden

Dörfer und Städte in Mecklenburg-Vorpommern sollen steuerlich mehr von Windrädern und Solarparks in ihrem Umfeld profitieren. Der Landtag forderte die Landesregierung am 19. September auf, im Bundesrat eine Steuerrechtsänderung zu initiieren und für Mehrheiten dafür zu werben. Die bisherige Regelung zur Gewerbesteuerverteilung greife meist nicht. Die Abgaben landeten eher an auswärtigen Firmensitzen der Windpark-Betreiber statt in den betroffenen Kommunen, sagte der SPD-Abgeordnete Tilo Gundlack. Nach dem Antrag der Schweriner SPD/CDU-Koalition soll die Erhebung der Gewerbesteuer künftig nach der vor Ort installierten Leistung erfolgen und die Mittelverteilung so gerechter werden.

Finanzministerin **Heike Polzin** begrüßte den Vorstoß. „Mecklenburg-Vorpommern zählt zu den Vorreitern bei den erneuerbaren Energien. Das schlägt sich aber leider nicht in den Einnahmen nieder“, sagte Polzin. Akzeptanz für Windkraftanlagen lasse sich nur schaffen, wenn die Bürger auch etwas davon hätten. „Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit“, sagte die Ministerin und verwies auf die wachsende Zahl von Bürgerinitiativen gegen den Bau neuer Windparks. Doch dämpfte sie die Erwartungen an eine rasche Gesetzesänderung. Die Länderinteressen gingen in dem Punkt auseinander. Brandenburg war mit einem ähnlichen Vorstoß 2012 in der Länderkammer gescheitert.

Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE) verwies auf einen ähnlich lautenden früheren Antrag ihrer Fraktion, der 2013 von den Regierungsfractionen abgelehnt worden war. Dennoch werde ihre Fraktion dem Antrag zustimmen. Für sie gelte der Grundsatz: „Wer die Belastungen durch den dringend notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien ertragen muss, der soll auch an den daraus entstehenden Erträgen partizipieren.“ Um die Akzeptanz der Bürger zu erhöhen,

Foto: Uwe Balewski

seien weitere Schritte notwendig, „wie es uns die laufenden Diskussionen um die regionalen Raumordnungsprogramme und das Landesraumentwicklungsprogramm deutlich vor Augen führen“, sagte sie.

Auch nach Ansicht des finanzpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion **Egbert Liskow** führt eine angemessene Beteiligung der Gemeinden zu höherer Akzeptanz. Die steuerlichen Regelungen müssten so geändert werden, dass für die Windpark-Kommunen eine „dauerhafte und angemessene Beteiligung an der auf diese Anlagen entfallenden Gewerbesteuer gesichert“ werde. Das Finanzministerium habe bereits eine entsprechende Initiative angestoßen. Außerdem solle die Landesregierung prüfen, ob es andere Möglichkeiten gebe, die Standortgemeinden zu beteiligen. Der Grünen-Politiker **Johann-Georg Jaeger** sprach sich ebenfalls für eine stärkere Beteiligung der Kommunen aus, die Standorte für Windparks sind. Er wies auf einen Änderungsantrag seiner Fraktion hin, mit dem Regelungen für Offshore-Windparks gefordert werden. Auch für den Bereich der Windenergie auf See solle sich das Land auf Bundesebene für eine eindeutige Zuordnung der Gewerbesteuerberechtigung einsetzen.

David Petereit (NPD) hält den Antrag für ein „Ablenkungsmanöver“. Der Bund werde einer höheren Beteiligung der Kommunen an der Steuer nicht zustimmen. Seiner Ansicht nach gehört die Energieversorgung als Daseinsfürsorge in die Hände des Staates. Aber eines Staates, der den Vorstellungen seiner Fraktion entspricht. Er kündigte dennoch Zustimmung zum Antrag an. Der sei zwar wirkungslos, aber inhaltlich richtig.

Der Energie-Experte der SPD **Rudolf Borchert** betonte die große Bedeutung der Windenergie für das Bundesland. „Notwendig für den Erfolg ist aber, dass auch die betroffenen Gemeinden und Anwohnerinnen und Anwohner in angemessener Art und Weise von der Energiewende profitieren und finanzielle Vorteile haben.“ Dadurch werde die Akzeptanz für die erneuerbaren Energien beträchtlich erhöht. Der Koalitionsantrag ziele dabei auch auf die bereits errichteten Anlagen ab, während das geplante Bürger- und Kommunalbeteiligungsgesetz die neuen Windkraftanlagen erfasse. Er äußerte Zuversicht, dass die MV-Initiative im Bundesrat breite Unterstützung erfahre.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/3246

Änderungsantrag B'90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/3302

Gewinnbeteiligung für Kommunen

Um dem wachsenden Widerstand gegen Windparks zu begegnen, will die Landesregierung Kommunen und Bürgern im Land auch eine Beteiligung am Gewinn der Branche sichern. Dazu soll bis zum Dezember ein Gesetz vorliegen. Investoren für Windkraftanlagen sollen verpflichtet werden, betroffenen Kommunen und Einwohnern eine Gewinnbeteiligung von mindestens 20 Prozent anzubieten. Bisher beruht die Bürgerbeteiligung auf freiwilliger Basis. Für jede Windeignungsfläche im Land gibt es laut Energieministerium bis zu fünf interessierte Investoren.

Weitere Beschlüsse des Landtages

Gebietstausch mit Niedersachsen

Mecklenburg-Vorpommern wird vier Hektar kleiner. Der Landtag stimmte am 17. September einstimmig einem Gebietstausch mit Niedersachsen zu. Danach erhält das Nachbarland 13 Hektar, die bislang zur Gemeinde Vielank im Westen des Landkreises Ludwigslust-Parchim gehören. Vom niedersächsischen Amt Neuhaus, das am östlichen Ufer der Elbe liegt und bis 1993 zu Mecklenburg-Vorpommern gehörte, erhält M-V neun Hektar. Hintergrund für den Gebietstausch ist, dass das Gewässernetz dort die Ländergrenze auf eine Weise durchschneidet, die die Bewirtschaftung erschwert. Die Gebiete sind nicht bewohnt.

Drucksachen 6/2875 und 6/3277)

Schulgesetz



Foto Jens Büttner

Nach massiven Protesten der Privatschulen hat der Landtag am 17. September in Erster Lesung über die Änderung des Schulgesetzes debattiert. Der Entwurf von Bildungsminister Mathias Brodkorb soll die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft neu regeln. Diese hatten mit harscher Kritik auf eine Neuregelung im Vorjahr reagiert, die für viele große Einschnitte, insbesondere bei den Personalkosten-Zuschüssen, gebracht hatte. Nun will die Landesregierung die Finanzierung wieder vereinfachen.

Am 29. Oktober plant der Bildungsausschuss eine öffentliche Anhörung, um Sachverständige und Betroffene zur Gesetzesnovelle zu befragen.

Drucksache 6/3244

Keine Karenzzeiten für Minister

Die Regelungen für den beruflichen Wiedereinstieg von Ex-Ministern in Mecklenburg-Vorpommern bleiben unverändert. Die Oppositionsfraktionen von Grünen und Linken scheiterten am 17. September mit ihren Anträgen zur Einführung einer Karenzzeit für Minister und Staatssekretäre an der Mehrheit der SPD/CDU-Koalition. Die Grünen hatten in ihrem Gesetzentwurf einen Zeitraum von drei Jahren gefor-

dert, in dem ein ehemaliger Minister nicht in der Branche arbeiten darf, mit der er in seiner Amtszeit zu tun hatte. Die Linken forderten in ihrem Antrag mindestens zwei Jahre. Anlass war der Fall des ehemaligen Energieministers Volker Schlotmann, der wenige Monate nach seinem Ausscheiden aus dem Amt bei einem Windenergieunternehmen einstieg.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/3238

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/3252

Gerichtsreform

Die Vorbereitungen für die Neustrukturierung der Gerichte in Mecklenburg-Vorpommern gehen trotz des Volksbegehrens gegen die beschlossene Reform weiter. DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN fanden am 17. September für ihr Vorhaben, die Gerichtsreform auszusetzen, keine Mehrheit. Die Koalitionsfraktionen stimmten gegen den Antrag. Sie sei gezwungen, das beschlossene Gesetz umzusetzen, sagte Justizministerin Uta-Maria Kuder in der Debatte. Das Gesetz über die Neuordnung der Gerichte in M-V war im November 2013 vom Landtag verabschiedet worden und tritt am 6. Oktober in Kraft. Fünf der 21 Amtsgerichte sollen geschlossen und sechs weitere zu Außenstellen umfunktionierte werden. Die Initiatoren eines Volksbegehrens gegen das Gesetz haben die laut Landesverfassung erforderlichen 120.000 Unterschriften nach eigenen Angaben fast zusammen.

Antrag DIE LINKE/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/3250

Erlass zur Ferkeltötung

Der nach schockierenden Fernsehbildern vom Agrarministerium herausgegebene Erlass zur korrekten Tötung nicht überlebensfähiger Ferkel bleibt unverändert. Die Grünen scheiterten am 18. September mit einem Vorstoß für Änderungen. So wollte die Oppositionsfraktion erreichen, dass die Ferkel zum Betäuben nicht mit dem Kopf auf den Boden

geschlagen werden dürfen. Der Forderung, statt dessen die Tiere mit dem Schlag eines Rundholzes auf den Kopf zu betäuben, widersprach auch der Agrarexperte der Linken Prof. Dr. Fritz Tack. Der Schlag auf eine Unterlage sei treffsicherer als ein Schlag auf den kleinen Kopf, sagte er. Die agrarpolitische Sprecherin der Grünen Jutta Gerkan machte auch die Züchtung mitverantwortlich für das Problem. Die Sauen würden immer mehr Ferkel werfen, verfügten aber nur über 14 Zitzen. Überzählige Ferkel seien deshalb immer häufiger.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/3261

Olympia in M-V

Der Landtag befürwortet eine Bewerbung Deutschlands für die Olympischen Sommerspiele 2024 bzw. 2028 durch die Städte Hamburg oder Berlin und unterstützt die Austragung einzelner Wettkämpfe an Sportstandorten in M-V. Eine Mitaustragung Olympischer Spiele eröffne für das Land vielfältige Chancen, begründete die Koalition am 19. September ihren Antrag. Mit Olympia biete sich eine großartige Gelegenheit, Mecklenburg-Vorpommern als tolerantes und weltoffenes Land einem großen internationalen und nationalen Publikum vorzustellen.

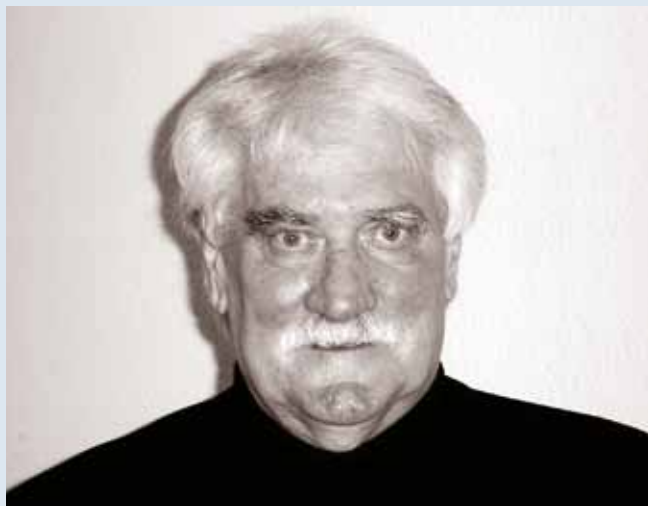
Auch Linke und Grüne bekannten sich grundsätzlich zu Olympia in Deutschland und in M-V, kritisierten jedoch, dass die Koalition nicht im Vorfeld für einen gemeinsamen Antrag auf die demokratische Opposition zugegangen sei. Beide Fraktionen forderten, dass die Kommunen nicht durch die Austragung olympischer Wettkämpfe finanziell belastet werden dürften. Die Grünen wollen außerdem einen Volksentscheid zu einer möglichen Olympia-Bewerbung. Die Änderungsanträge von Linken und Grünen fanden keine Mehrheit, der Koalitionsantrag wurde mit den Stimmen von CDU und SPD bei Stimmenthaltung aller drei Oppositionsfraktionen angenommen.

Antrag CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/3245

Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/3297

Änderungsantrag B'90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/3304

Trauer um Wilfried Kroh



Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern trauert um Wilfried Kroh, der am 18. September plötzlich und unerwartet gestorben ist. Wilfried Kroh war dem Landtag in besonderer Weise verbunden und hat sich über viele Jahre mit großem Engagement um die Schweriner Schlosskirche verdient gemacht. Eng mit seinem Namen verbunden ist beispielsweise die Aktion „Kauf dir deinen Stern vom Himmel“ zugunsten der Schlosskirche. „Mit Wilfried Kroh verliert die Landeshauptstadt eine Persönlichkeit, die sich in herausragender Weise um Schwerin und die hier lebenden Menschen verdient gemacht hat“, betonte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. Als Vorsitzender des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Schwerin, 2. Vorsitzender des Schlosskirchengemeinderates und auch als Vorsitzender der Schlosskirchenführungsgruppe habe sich Wilfried Kroh unermüdlich für das Gemeinwesen eingesetzt. Der Landtag verliere in ihm einen verlässlichen Partner und Freund.

Russlandtag auf dem Prüfstand

Landtag lehnte Grünen-Antrag zur Absage des Wirtschaftstreffens ab

Der umstrittene Russlandtag war am 18. September Thema einer Landtagsdebatte. Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte, das für den 30. September und 1. Oktober in Rostock geplante Wirtschaftstreffen mit Vertretern beider Länder abzusagen. Das Ansinnen fand keine Mehrheit. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der kontroversen Debatte.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Russlandtag absagen!



„Wir erleben in diesen Wochen und Monaten in der Ukraine eine schwerwiegende Krise der europäischen Sicherheit und des Völkerrechts“, sagte Grünen-Fraktionsvorsitzender Jürgen Suhr bei der Begründung des Antrages. Zwar könne man „bei aller berechtigten Kritik“ verstehen, dass sich

Russland durch die Osterweiterung der Europäischen Union und der NATO in seiner geostrategischen Lage in Europa zunehmend zurückgedrängt und bedroht fühle, jedoch, so Suhr, rechtfertige dies in keiner Weise die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, militärische Drohungen und die Unterstützung von prorussischen Separatisten. Allerdings seien NATO-Manöver in der Ukraine oder Truppenverlegungen in Richtung Osten keine geeigneten Reaktionen des Westens. „Sie bergen vielmehr das Risiko der militärischen Gegenreaktion, und sie befördern nicht die Bereitschaft, die Krise auf friedliche Art und Weise zu lösen“, warnte der Grünen-Politiker und betonte: „Wir unterstützen daher ausdrücklich das Vorgehen der Bundesregierung und der Europäischen Union, welches die Fortsetzung der Gespräche einerseits beinhaltet, aber auch auf der wirtschaftlichen Ebene Druck ausübt.“ Es sei wichtig, dass Europa zusammensteht und auf eine friedliche Lösung in der Ukraine drängt.

Vor diesem Hintergrund müsse man sich jedoch die Frage stellen, wie die Entscheidung der Landesregierung zur Durchführung des sogenannten Russlandtages in dieses Szenario passe. „Die Zielsetzung des Russlandtages ist explizit darauf ausgerichtet, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Russland auszubauen“, sagte Suhr. Seine Fraktion und auch er fragten sich, „wie eine Landesregierung glaubhaft vermitteln soll, dass man hinter den Wirtschaftssanktionen der Europäischen Union steht, wenn sich die gleiche Landesregierung einen relevanten Teil der Kosten für den Russlandtag von russischen Unternehmen finanzieren lässt“.

Mit ihrem Antrag fordere seine Fraktion von der Landesregierung, den Russlandtag abzusagen. „Unterlaufen Sie nicht das, was auf der Ebene der Bundesrepublik, der Bundesregierung und der Europäischen Union Bestandteil einer sehr wirksamen Politik ist“, schloss Suhr seinen Appell, dem Antrag seiner Fraktion zuzustimmen.

Ministerpräsident Erwin Sellering:

„Besonnen und
gesprächsbereit bleiben“



Foto: Uwe Baleski

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn ganz klar sagen: Die Landesregierung hält am Russlandtag fest,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

denn es liegt im vitalen Interesse unseres Landes, die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland weiter auszubauen. Für mich ist diese Veranstaltung auch das richtige Signal. Es ist besser, im Gespräch zu bleiben, als Brücken abzubauen.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Meine Damen und Herren, die Vorgeschichte des Russlandtages, der am 30. September/1. Oktober stattfinden soll in Warnemünde und in Wismar, reicht zwei Jahre zurück. Im Herbst 2012 war ich gemeinsam mit den Ministern Glawe und Backhaus und einer großen Wirtschaftsdelegation in Helsinki und Sankt Petersburg. Dort hat unsere Partnerregion, das Leningrader Gebiet, also der Bereich um Sankt Petersburg, aus Anlass des zehnjährigen Bestehens unserer regionalen Partnerschaft einen großen Wirtschaftsempfang ausgerichtet, der zum Abschluss der vielen positiven

„ Absage des Russlandtages wäre
das falsche politische Signal. „



Foto: Jens Büttner

Mehr als 400 Firmen und Politiker nahmen am Russlandtag teil.

Gespräche und Kontakte die gute Zusammenarbeit, die positiven Zukunftsaussichten noch einmal deutlich gemacht und hervorgehoben hat. In Auswertung dieser Reise ist die Idee entstanden, im Gegenzug zu einem Wirtschaftstreffen nach Mecklenburg-Vorpommern einzuladen, um unseren russischen Partnern unsererseits die Wichtigkeit der Partnerschaft deutlich zu machen,

(Unruhe bei Minister Harry Glawe)

um bestehende Kontakte zu vertiefen, Herr Minister Glawe,

(Minister Harry Glawe: Ja.)

und neue Kontakte auszubauen zwischen Deutschland und Russland, aber vor allem auch zwischen Mecklenburg-Vorpommern und dem Leningrader Gebiet.

Mit den ersten Planungen für den Russlandtag haben wir 2013 begonnen. Damals war noch nicht absehbar, dass die Veranstaltung mitten in einer schweren internationalen Krise stattfinden würde. In den letzten Wochen ist nun darüber diskutiert worden, ob wir in dieser Situation an der lange geplanten Veranstaltung festhalten sollten. Für die Landesregierung überwiegen ganz klar die Argumente, die für die Durchführung der Veranstaltung auch in diesen schwierigen Zeiten sprechen. Es sind vor allem drei Gründe:

Erstens. Die Veranstaltung liegt im wirtschaftlichen Interesse des Landes. Der Russlandtag verfolgt ein für unser Land sehr wichtiges Ziel. Dieses Ziel bleibt richtig und wichtig. Es geht darum, die wirtschaftlichen Chancen für unser Land zu nutzen. Es geht um die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Unser Land hat sich in den letzten 24 Jahren wirtschaftlich wirklich sehr gut entwickelt. Die Arbeitslosenzahlen sind auf dem niedrigsten Stand, in den letzten Jahren nahezu halbiert. Dennoch weist Mecklenburg-Vorpommern immer noch erhebliche wirtschaftliche Strukturschwächen auf. Dazu gehört, dass unsere Wirtschaft deutlich weniger am Außenhandel teilnimmt als andere Bundesländer. Hier gibt es also noch erhebliche Wachstumsmöglichkeiten. Unsere größten Chancen liegen dabei im Ostseeraum. Das ist eine der wich-

tigsten Wachstumsregionen in Europa. Und dazu gehört eben auch Russland, vor allem das Leningrader Gebiet.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt bereits heute über gute wirtschaftliche Kontakte dorthin. 2013 stand Russland auf Platz vier der Liste unserer wichtigsten Außenhandelspartner. Nach neuesten Zahlen war es im ersten Halbjahr 2014 sogar der zweite Platz. Der Russlandhandel ist wichtig für unsere Häfen, insbesondere für Sassnitz-Mukran. Außerdem befinden sich eine Reihe bedeutender Unternehmen in unserem Land in russischem Eigentum: die Nordic-Werften in Wismar, Warnemünde und Stralsund, der Holzverarbeiter „Ilm Timber“ in Wismar. Schließlich ist Lubmin der Anlandepunkt der Ostsee-Pipeline „Nord Stream“, durch die Deutschland direkt und – muss man sagen – weiterhin verlässlich mit russischem Erdgas versorgt wird.

Meine Damen und Herren, aufgrund der bestehenden Kontakte haben wir in Mecklenburg-Vorpommern besonders gute Chancen, von einem weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland zu profitieren. Umgekehrt haben wir aber auch mehr als andere Bundesländer zu verlieren, wenn Deutschland und Russland nicht zu der guten Partnerschaft der letzten Jahre zurückfinden und wenn der Handel zwischen beiden Staaten einbricht. Das sieht offenbar auch die Wirtschaft so. Ich habe in der letzten Woche mit den Präsidenten der IHKs – mit allen dreien –, mit dem Präsidenten der Unternehmensverbände, mit dem Präsidenten des Unternehmerverbandes Vorpommern telefoniert, und alle haben mich bestärkt, am Russlandtag festzuhalten. Auch der Präsident des Bauernverbandes hat sich vergangene Woche auf der MeLa in diesem Sinne geäußert. Die Zahl der Voranmeldungen für einen Russlandtag ist in den letzten Wochen noch einmal kräftig angestiegen.

Russische Unternehmen in M-V

In Mecklenburg-Vorpommern sind 1.600 Menschen bei russischen Firmen beschäftigt. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums arbeiten auf den Nordic-Werften in Wismar, Warnemünde und Stralsund zurzeit 1.200 Mitarbeiter, beim Holzunternehmen Timber in Wismar 350, bei den Ölwerken Lubmin 26, beim Lebensmittelhersteller Dov in Rostock 25.

Die Veranstaltung ist inzwischen deutlich größer, als wir uns zu Beginn der Planungen vorgestellt hatten. All das zeigt, es gibt ein großes Interesse der Wirtschaft an dieser Veranstaltung. Sie liegt im wirtschaftlichen Interesse des Landes und das ist der wichtigste Grund, weshalb wir den Russlandtag durchführen wollen und an ihm festhalten.

Zweitens. Meine Damen und Herren, der Russlandtag steht – anders, als Sie das hier eben darzustellen versucht haben – auch nicht im Widerspruch zur Linie der Bundesregierung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Ich bin sehr froh darüber, dass die Bundesregierung, allen voran die Kanzlerin und der Außenminister, in dieser Krise einen besonnenen Kurs verfolgt. Deutschland beteiligt sich an den Sanktionen, allerdings mit dem erklärten, mit dem ausdrücklich erklärten Ziel, über Gespräche zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zu kommen. Und das ist der richtige Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Sie haben hier eben eine außenpolitische Rede gehalten und haben eine eigene Außenpolitik quasi entworfen. Für mich ist völlig klar, wenn Deutschland sich Sanktionen anschließt, dann gilt das für alle 16 Bundesländer. Wir machen keine eigene Außenpolitik. Das gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern. Die Sanktionen müssen selbstverständlich beachtet werden. Aber ebenso klar ist doch, dass die bislang beschlossenen Sanktionen einer Veranstaltung wie dem Russlandtag in keiner Weise entgegenstehen, übrigens ausdrücklich hier vor zwei Tagen vom Vizekanzler betont,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

und deshalb sind sie auch kein Grund, den Russlandtag abzusagen.

Die Forderung in Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von den Grünen, würde darauf hinauslaufen, dass wir über die beschlossenen Sanktionen hinausgehen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)



dass das Land Mecklenburg-Vorpommern quasi eigene Sanktionen verhängt. Das wäre zunächst einmal nicht unsere Möglichkeit, ganz selbstverständlich nicht außenpolitisch. Es wäre nach außen auch völlig wirkungslos – und nach innen hätte es eine sehr gefährliche Wirkung, wenn wir unsere Kontakte nach Russland abbrechen. Wir würden nämlich all jene Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern gefährden, die im Russlandgeschäft tätig sind,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

und mit ihnen Tausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Diesen Weg wird die Landesregierung aus SPD und CDU nicht gehen. Auch deshalb bleibt es beim Russlandtag.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Drittens. Eine Absage des Russlandtages wäre das falsche politische Signal. Es muss alles getan werden, damit sich dieser Konflikt nicht immer weiter hochschaukelt. Und da, meine Damen und Herren von den Grünen, sind wir offenbar wirklich weit auseinander. Sie wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern über die beschlossenen Sanktionen und damit über die außenpolitische Linie der Bundesregierung hinausgeht. Und Sie halten dieses Draufsatteln auch noch für das richtige Signal – ich zitiere mal aus Ihrem Antrag –, das richtige ‚Signal im Hinblick auf die zunehmende Eskalation‘. Sie wollen mehr Eskalation als die Bundesregierung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Sie setzen auf Eskalation.

Herr Suhr, ich habe mich gefreut, dass Sie Ihre Rede in einem sehr besonnenen und versöhnlichen Ton gehalten haben. Aber dennoch sind wir da auseinander. Und wenn Sie sich in Deutschland umschaun, dann haben wir nicht nur die Stimmen der besonnenen Bundesregierung, sondern wir können in vielerlei Wortmeldungen sehen, wie leichtfertig einige in Deutschland zurückfallen in die Denkmuster und Drohgebärden des Kalten Krieges. Ich finde das erschreckend. Säbelrasseln,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig. – Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Säbelrasseln, Verteufeln des Gegners, die Partnerschaft aufkündigen, so wird es keine friedliche Lösung geben, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Wer jemals versucht hat, einen Streit zu schlichten, einen tiefgehenden Streit zwischen Menschen, die richtig aneinander geraten sind und total verkeilt sind, der weiß, niemand hat

jemals zu 100 Prozent recht. Ein Konflikt kann sich immer nur hochschaukeln, wenn beide Seiten mitmachen. Eine Rückkehr zu konstruktiver Partnerschaft, um die ich alle Seiten wirklich bitte, kann es nur geben, wenn jede Konfliktpartei das beherzigt und wenn jede Seite bereit ist, aufeinander zuzugehen und auch die Interessen und Sichtweisen des Gegenübers ernst zu nehmen.

Das fällt natürlich all denen schwer, meine Damen und Herren von den Grünen, deren ganze Politik von der Überzeugung lebt, zu 100 Prozent recht zu haben,

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

die ganz häufig von der hohen moralischen Warte andere belehrt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ach ja, das müssen wir jedes Mal aushalten. –

Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren von den Grünen, ich fordere Sie auf, ich fordere Sie ernsthaft auf: Überdenken Sie Ihre Haltung, beteiligen Sie sich am Russlandtag, statt auf Eskalation zu setzen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, viele, viele Menschen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, in ganz Deutschland sehen diesen Konflikt mit großer Sorge. Die Menschen wollen keinen neuen Kalten Krieg, erst recht keine militärische Auseinandersetzung, sondern sie wollen die Rückkehr beider Seiten zu vertrauensvoller Partnerschaft. Die Menschen misstrauen auch den einfachen Feindbildern, die jetzt kursieren, und sie wollen, dass wir besonnen und gesprächsbereit bleiben. Auch darum geht es beim Russlandtag.

Ich bin in den letzten Wochen sehr häufig auf die Veranstaltung angesprochen worden, auf der Straße haben mich die Menschen angesprochen. Und fast immer war die Botschaft: Haltet am Russlandtag fest! Denn für die meisten Menschen hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern ist klar, dieses Treffen kann ein kleiner Beitrag dazu sein, in diesen schwierigen Zeiten miteinander im Gespräch zu bleiben. – Danke.“

Russlandtag

Der Russlandtag fand am 30. September und 1. Oktober in Rostock-Warnemünde statt. „Russland stand 2013 auf Platz 4 unserer wichtigsten Außenhandelspartner, im ersten Halbjahr 2014 sogar auf Platz 2“, sagte Ministerpräsident Erwin Sellering zum Auftakt. Über 100 Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern hätten gute Handelsbeziehungen nach Russland. Dieses Wirtschaftstreffen diene der Festigung und Vertiefung dieser guten Zusammenarbeit. Nach Informationen der Staatskanzlei nahmen mehr als 400 Firmen und Politiker aus Russland und Deutschland teil.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU:

„Im Gespräch bleiben“



Foto: Uwe Balevski

„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Grünen beantragen heute, dass die Landesregierung aufgefordert werden soll, den Russlandtag abzusagen. Schon an dieser Stelle: Wir werden den Antrag selbstverständlich ablehnen.

Meine Damen und Herren, ich möchte für meine Fraktion zunächst erklären, dass das Thema Russlandtag aus vielen Gründen ein schwieriges und auch ein anspruchsvolles Thema ist und dass wir uns die Abwägung gemeinsam mit unserem Koalitionspartner – auch im Kabinett übrigens, Herr Suhr – zu keinem Zeitpunkt leicht gemacht haben.

*(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Bin ich drauf eingegangen, Herr Ringguth.)*

Zunächst möchte ich betonen, dass ich mit großer Sorge sehe, was in der Ostukraine vor sich geht. Russland trägt momentan – das kann man diplomatisch vorsichtig formulieren – wenig zur Stabilisierung in der Ostukraine bei. Deswegen – und das war in diesem Landtag schon einmal Thema – halte ich auch die beschlossenen Sanktionen für den absolut richtigen Weg, um Russland zum Einlenken zu bewegen.

„ Der Russlandtag liegt in unserem wirtschaftlichen Interesse. „

Mehrfach war in letzter Zeit in den Zeitungen zu lesen, miteinander zu reden sei besser, als aufeinander zu schießen. Dieser Satz hat seine Gültigkeit. Und dennoch ist es auch richtig, dass man darüber nachdenkt, dass es sich ja dabei keinesfalls um die beiden einzigen Alternativen handelt, die politisch zur Verfügung stehen. Das Mittel, für das wir, die westliche Welt, uns entschieden haben, lautet doch: miteinander reden und mit Sanktionen Druck ausüben. Ich halte dieses Mittel auch persönlich für absolut richtig. Sigmar Gabriel hat es am Dienstag hier in Schwerin wie folgt ausgedrückt: Die



Sanktionen, gepaart mit Verhandlungen, seien der richtige Weg in dieser Krise. Eine militärische Lösung komme nicht in Frage. Einfach zuzuschauen, sei aber auch keine Option. Dann gehe die Destabilisierung eventuell weiter.

Ich sage das als Christdemokrat nicht jeden Tag: Ja, recht hat der Mann.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und, Herr Suhr, der Ministerpräsident Herr Sellering hat doch recht: Mit der Absage des Russlandtages würden wir über die Sanktionen, die wir alle als richtig und wichtig erkannt haben, weit hinausgehen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal – ich habe das an dieser Stelle vor einiger Zeit schon einmal getan –, noch einmal besonders die Arbeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel und von Außenminister Frank-Walter Steinmeier hervorheben. Beide, beide tragen mit ihrer besonnenen, umsichtigen und auch verbindlichen Art dazu bei, Russland zum einen seine Grenzen aufzuzeigen. Zugleich bestehen zu jeder Zeit permanente diplomatische Kontakte, und zwar auf allen Ebenen. Nur so werden wir eine Chance haben, diese schwierige Krise zu meistern.

Deswegen ist aber der Russlandtag eben auch kein Instrument der deutschen Außenpolitik. Er ist sowieso kein Instrument etwa von Außenpolitik Mecklenburg-Vorpommerns, denn das muss noch einmal klar sein: Die deutsche Außenpolitik wird in Berlin gemacht, und es gibt an ihr in dieser Krise nichts, aber auch gar nichts zu kritisieren oder zu verbessern. Das ist richtig.

(Vincent Kokert, CDU: Außer von den GRÜNEN natürlich.)

Meine Fraktion und auch ich dürfen davon ausgehen, dass die Verbindungen zwischen Frank-Walter Steinmeier, dem Auswärtigen Amt in Berlin, dem Ministerpräsidenten unseres Landes und der Staatskanzlei in Schwerin exzellent sind. Und meine Fraktion und ich dürfen auch davon ausgehen, dass eben bei diesen exzellenten Verbindungen etwaige Wünsche des Bundesaußenministers Steinmeier in der Staatskanzlei hier in Schwerin immer berücksichtigt werden würden.

Wenn irgendwer hier im Hause der Ansicht sein sollte, der Russlandtag sei ein friedenspolitisches Instrument, dann irrt er. Die CDU-Fraktion, wir sehen den Russlandtag als ein Treffen mit wirtschaftspolitischem Hintergrund an. Und weil die Staatskanzlei für die Außenwirtschaft zuständig ist – das sage ich mit so einem kleinen Lächeln, sie wollte es ja auch mal irgendwann unbedingt sein –, dann hat sie sich eben dafür entschieden, einen Wirtschaftstag mit Russland zu veranstalten. Die Gründe dafür kenne ich im Einzelnen gar nicht, und sie spielen aus meiner Sicht auch gar keine Rolle. Und ich sage ganz ehrlich, ich hätte auch nichts gegen einen Wirtschaftstag zum Beispiel mit Polen, mit Dänemark, Großbritannien oder den Niederlanden einzuwenden. Mit all diesen Staaten hat Mecklenburg-Vorpommern im letzten Jahr interessante Exportpartner gehabt, aber eben auch mit Russland.

Meine Damen und Herren, für die Zukunft der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland wird es neben einer Lösung des Ukraine-Konfliktes immer auch darauf ankommen, ob es Russland gelingt, vom derzeit moderaten zu einem wieder starken Wirtschaftswachstum zu gelangen. Fest steht für uns, Russland ist für die Wirtschaft unseres Landes einer der größeren Handelspartner. Der Russlandtag liegt also in der Tat in unserem wirtschaftlichen Interesse. Es gibt gewachsene Wirtschaftsbeziehungen, die zum Teil sogar noch aus der Zeit vor der Deutschen Einheit herrühren. Ich stimme dem Ministerpräsidenten Sellering zu, dass es richtig ist, besser im Gespräch zu bleiben, als Brücken abzubrechen.

Ich wünsche auch im Namen meiner Fraktion allen Beteiligten bei der Ausrichtung des Russlandtages gutes Gelingen. Ich wünsche aber auch den Menschen in der Ukraine, dass sie schnellstmöglich wieder in Frieden leben können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Fotos: Jens Büttner



Peter Ritter, DIE LINKE:

„Jede Chance zum Dialog nutzen“

Foto: Uwe Balewski



„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! ‚Russlandtag aufgrund aktueller Ereignisse in der Ukraine ab-sagen‘, fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Aktuelle Ereignisse im Zusammenhang mit dem Konflikt Russland/Ukraine gibt es in der Tat viele:

Die NATO veranstaltet ein Manöver im Schwarzen Meer und betrachtet dies selbstverständlich als einen Beitrag für den Frieden. Gleichzeitig beklagt Kanada als Manöverteilnehmer den Überflug eines russischen Kampfflotts über eines seiner Kriegsschiffe im Schwarzen Meer als ungeheuerliche Provokation.

Die Ukraine verkündet stolz, dass mehrere Staaten des NATO-Bündnisses Waffen liefern. Die angesprochenen Staaten widersprechen sofort.

Zum Unabhängigkeitstag führt das ukrainische Militär eine Parade in Kiew durch, auf der fast ausnahmslos Technik und Bewaffnung sowjetischer beziehungsweise russischer Bauart zu sehen sind. Zum gleichen Zeitpunkt verkündet der ukrainische Präsident eine riesige Aufstockung des Militäretats, als ob sein Land keine anderen Probleme hätte.

Ein Waffenstillstand, ein brüchiger, wird ausgehandelt, und stolz verkünden die Nachrichtenmagazine, die Börse hat bereits reagiert.

In dieser Gemengelage gegenseitiger militärischer Eskalation, ständig wechselnder Schuldzuweisungen, nicht geringer werdender Kriegsgefahr; in einer Zeit, wo das Militär, nicht die Diplomatie das Heft des Handelns in der Hand hat, fällt der bündnisgrünen Fraktion nichts weiter ein, als erneut die Absage des Russlandtages zu fordern. [...]

Uns geht es vorrangig darum, jede Chance zum Dialog, jede Chance zur Deeskalation, jede Möglichkeit der nicht militärischen Konfliktlösung zu nutzen. Auch Gespräche auf wirtschaftlicher Ebene können dazu einen Beitrag leisten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN meint nun, die Landesregierung würde Mecklenburg-Vorpommern mit dieser Veranstaltung isolieren. Auch hier irren BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kennen Sie die deutsch-russischen Kreuzjahre, nicht Kreuzzüge, sondern Kreuzjahre? Ich gebe zu, bis vor wenigen Tagen kannte ich diese Form des deutsch-russischen Austausches auch nicht. Die deutsch-russischen Kreuztage fanden 2012/2013 unter dem Motto ‚Gemeinsam Zukunft gestalten‘ als Deutschlandjahr in Russland und Russlandjahr in Deutschland unter der Schirmherrschaft beider Staatspräsidenten statt. Am 6. Juni 2014, dem 125. Geburtstag Alexander Puschkins, begannen das Jahr der russischen Sprache und Literatur in Deutschland und parallel das Jahr der deutschen Sprache und Literatur in Russland. Der Abschluss dafür ist für den 6. Juni 2015, dem 140. Geburtstag von Thomas Mann, geplant.

Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat nun nachgefragt, ob infolge der aktuellen Situation in der Ukraine und damit verbundener Sanktionsmaßnahmen Veränderungen in den kulturellen Beziehungen zu Russland geplant sind. Die Antwort der Bundesregierung, ich zitiere: ‚Die deutsch-russischen Kulturbeziehungen sind nach wie vor eine wichtige Säule der bilateralen Beziehungen. Grundlegende Veränderungen sind nicht zu erkennen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen.‘ Und dort heißt es, ich zitiere: ‚Die Bundesregierung misst der zivilgesellschaftlichen Dimension der deutsch-russischen Beziehungen große Bedeutung zu und wird diese weiter ausbauen. Durch persönliche Begegnungen entstehen Räume für echten Dialog und Austausch.‘ Zitatende.

Und nun erklären Sie mir mal bitte, warum persönliche Begegnungen im Bereich der Kultur für Dialog und Austausch wichtig sind, persönliche Begegnungen im Bereich der Wirtschaft dies aber nicht sein sollen! [...]

// Jede Möglichkeit der
nicht militärischen Konfliktlösung
nutzen. //

Die Antwort der Bundesregierung auf Drucksache 18/2177 stammt übrigens vom 15. Juli dieses Jahres. Der Ukraine-Konflikt war bereits leider im vollen Gange. Und trotzdem sah und sieht die Bundesregierung keine Veranlassung, den kulturellen Dialog mit Russland abubrechen. Dass sich auch die Bundesregierung an anderer Stelle anders verhält, ist allerdings logisch auch nicht zu erklären.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb, auch deshalb hat der Ministerpräsident dieses Landes recht, wenn er in seinem Interview in der ‚Welt‘ vom 9. September sagt, ich zitiere: ‚Es muss alles getan werden, damit es eine friedliche Lösung gibt. Und das setzt voraus, dass Gespräche geführt werden. Das Säbelrasseln‘, so Sellering weiter, ‚muss ein Ende haben.‘ Dem ist nichts weiter hinzuzufügen. Deshalb werden wir auch dieses Mal Ihren Antrag ablehnen. – Danke schön!“

Michael Andrejewski, NPD:

„Der Russlandtag soll bleiben“

Foto: Uwe Balewski



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt keinen Grund, den Russlandtag abzusagen. Es wäre vielmehr ein Zeichen einer realistischen Weltsicht, ihn gerade jetzt durchzuführen. [...]

Mächte sind keine Kuscheltiere, das war immer schon eine harte Veranstaltung. Nietzsche hat gesagt, Mächte sind ‚kalte Ungeheuer‘. [...]

Die Amerikaner [...] haben versucht, in Syrien die dortige russlandfreundliche Regierung zu stürzen. [...] Es ist ihnen gelungen, die russlandfreundliche Janukowytsch-Regierung in der Ukraine zu stürzen [...] und jemanden an die Macht zu bringen, der ihnen genehm ist – der übrigens nicht nur Schokoladenmilliardär, sondern auch Waffenmilliardär ist. [...]

Nur jetzt müssen sie erkennen, dass sie zu weit gegangen sind. [...] Man kann nur hoffen, dass sie den Realismus aufbringen, den damals Nixon und Kissinger aufgebracht haben, als sie sahen, dass sie in Vietnam nicht weiterkamen. [...]

„ Sanktionen werden Putin nicht beeindrucken. “

Putin wartet nicht, bis die Ukraine genauso wie das Baltikum fest in NATO-Hand ist. Er hat auch keine Lust zu warten, bis auf der Krim ein schöner Flottenstützpunkt errichtet wird für die NATO, und er hat auch keine Lust zu warten, bis vor seiner Haustür im Kreml [...] genau dasselbe Theater stattfindet wie auf dem Majdan, wo irgendeine vom Westen gesteuerte Demonstration ihn dann wegschickt und er irgendwann auch in Den Haag im Kriegsverbrechergefängnis landet. [...]

Putin wehrt sich. Er hat sicherlich Soldaten, getarnt als Urlauber, in die Ukraine reingeschickt, bedient sich da aller Tricks.

Allerdings habe ich kürzlich auch gelesen, dass schon mehrere Hundert Angehörige amerikanischer Söldnerfirmen in der Ukraine tätig sind, die dort verdeckt kämpfen. [...]

Je mehr Druck man auf Putin ausübt, desto mehr Gegen- druck wird er ausüben. Und Sanktionen werden ihn auch nicht beeindrucken, denn selbst die schlimmsten Sanktionen mit der schlimmsten Wirtschaftskrise sind immer noch besser, als wenn er irgendwann majdan-artig weggeputzt wird. [...]

Und aus diesem Grunde sind wir gegen jede Form von wei- terer Eskalation. [...] Man muss jetzt zurückrudern, muss zu einer Lösung finden, dass die Putin-Regierung davon aus- gehen kann, dass die Ukraine nicht gegen sie ausgerichtet werden soll. [...]

Und es ist absolut lächerlich, wenn deutsche Politiker wie Gauck oder deutsche Zeitungen wie die ‚Bild-Zeitung‘ sich dann in Drohungen gegen eine Supermacht wie Russland ergehen [...]. Da sollte man sich wirklich mal zurückhalten [...]. Deswegen sind wir dafür, der Russlandtag soll bleiben.“

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Mir fehlen kritische Worte der Landesregierung“



Foto: Uwe Balewski

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst mal, Herr Ministerpräsident Selling, [...] möchte ich darauf eingehen, dass genau vor dem Hintergrund dieser bewusst besonnen gehaltenen Rede für meine Begriffe [...] nicht zu entnehmen war, dass die Grünen-Fraktion für mehr Eskalation oder für mehr Säbelrasseln sei, sondern ich bin ausdrücklich darauf eingegangen, dass jegliche Form von militärischen Muskelspielen [...] ungeeignet ist, um diesen Konflikt [...] zu befrieden.

Und da sind wir an der Stelle in der Tat an einem interes- santen Punkt, [...] wenn ich den Ministerpräsidenten richtig verstanden habe, [...] dann ist die Haltung die, dass Sie sa-

gen, es gibt mehrere Gründe [...], die uns dazu bewegen, den Russlandtag nicht abzusagen [...]. Der erste Grund ist, wir wollen im Gespräch bleiben [...]. Der zweite Grund ist, wir wollen die wirtschaftlichen Beziehungen [...] weiter pflegen. Das waren die beiden zentralen Gründe. Das kann ich nachvollziehen.

// Jegliche Form von militärischen Muskelspielen ist ungeeignet. //

Was ich nicht nachvollziehen kann, [...] ist, dass in keinem Redebeitrag [...] angesprochen worden ist, auf welcher Grundlage wir das denn tun. Denn das, was Sie hier vortragen, die Gespräche weiterzuführen und die wirtschaftlichen Beziehungen zu betrachten, das ist bezogen auf das Sanktionsszenario auch das, was die Europäische Union macht, was die Bundesregierung macht. Aber im großen Unterschied benennt sie eindeutig, was die Grundlage ist, nämlich die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, die Unterstützung von prorussischen Separatisten. Und wenn man an der Stelle hergeht und sagt, wir machen hier einen Russlandtag, der einzig und allein der Pflege wirtschaftlicher Beziehungen dient, und verlieren gleichzeitig kein einziges Wort zu dem Verhalten Russlands in der Ukraine, zum völkerrechtswidrigen Verhalten in der Ukraine, dann duckt man sich vor einer Diskussion weg [...].

Und das ist der zentrale Punkt zu unserer Haltung. Damit bin ich [...] bei der Frage, inwieweit unterlaufen wir denn das, was vonseiten der Europäischen Union initiiert worden ist. [...]

Welches Bild [...] würde denn entstehen, wenn jetzt alle Bundesländer derartige vergleichbare Veranstaltungen machen würden? Es würde doch der Eindruck entstehen, als würden auf der europäischen Ebene [...] wirtschaftliche Sanktionen als zentrales Element der Befriedung dieses Konfliktes eingesetzt, und die Bundesländer scheren sich nicht drum, sie benennen das noch nicht mal in einer Debatte, die genau um diesen Punkt geht. [...] Und wenn es benannt wird, [...] dann kann man auch zu der Abwägung kommen und sagen, trotzdem führen wir den Russlandtag durch oder wir lassen es eben, weil er nicht in diese Zeit hineinpasst. Und das ist im Übrigen auch das, was hier vorgeworfen wurde, [...] worauf auch Eckhardt Rehberg hingewiesen hat, der hat nämlich gesagt [...]: ‚Wirtschaftsbeziehungen [...] zu Russland müssen und sollen gepflegt werden, aber das muss man in einer Situation machen, wenn Russland und Putin

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde bei Zustimmung der Grünen und Gegenstimmen der anderen im Parlament vertretenen Fraktionen abgelehnt. Die Debatte im vollen Wortlaut können Sie nachlesen unter www.landtag-mv.de (Parlamentsdokumente) *Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/3260*



Fotos: Jens Büttner

Demonstration in Warnemünde gegen den Russlandtag

wieder zur Einhaltung der Normen des Völkerrechts zurückgekommen sind.' Da fehlen mir die kritischen Worte der Landesregierung an dieser Stelle. [...]

Vor dem Hintergrund in diesem Gesamtkontext muss man in der Abwägung dazu kommen, ob man mit der Beibehaltung des Russlandtags die Bemühungen der Europäischen Union unterläuft [...].

Ich will einen letzten Aspekt benennen [...]. Es ist mehrfach davon gesprochen worden, dass Russland ein überaus wichtiger Handelspartner für Mecklenburg-Vorpommern ist. Das ist richtig, aktuell offensichtlich der zweitwichtigste Handelspartner. [...] der wichtigste Handelspartner unseres Bundeslandes ist bekanntlich unser Nachbarland Polen. Und Sie kennen die Ängste in diesem Land, die geäußert werden vor dem Hintergrund des Agierens Russlands in der Ukraine. Auch dort wird sehr sorgsam beobachtet, was dieses Bundesland macht, und auch dieses ist in diesem Abwägungsprozess zu berücksichtigen. – Herzlichen Dank.“

Landtagsdebatten verfolgen

Die Plenarsitzungen des Landtages sind öffentlich. Die Sitzungstermine und die Tagesordnungen findet man auf der Internetseite des Landtages.

Live im Plenarsaal dabei sein: Gruppen müssen sich beim Besucherdienst des Landtages anmelden (Tel. 0385 / 525-2105). Eine Rücksprache mit dem Besucherdienst ist wegen der begrenzten Platzkapazität auch für Einzelbesucher zu empfehlen.

Livestream: Die Debatte wird als Livestream auf der Internetseite des Landtages übertragen: www.landtag-mv.de

Videoaufzeichnung: Die Videos der Plenarsitzungen kann man sich auf dem YouTube-Kanal des Landtages anschauen. Einen Link dorthin findet man auf der Startseite des Landtages.

Wortprotokoll: Zum Nachlesen der Debatten gibt es das Wortprotokoll der Plenarsitzungen. Diese Protokolle, wie auch alle Drucksachen, findet man auf der Internetseite des Landtages unter dem Meta-Navigationspunkt *Parlamentsdokumente*.



von links: Vesna Ivančević Ježek (Dolmetscherin), Detlef Müller, Rudolf Borchert (beide SPD), Andreas Texter (CDU), Barbara Borchardt (DIE LINKE), Thomas Krüger (SPD), Michael Silkeit, Burkhard Lenz (beide CDU), Dr. André Brie (DIE LINKE), Stefanie Drese (SPD), Sebastian Schmidt (Referent DIE LINKE).

Unterwegs in Europa

Europa- und Rechtspolitiker des Landtages informierten sich in Kroatien

Im Rahmen einer Unterrichtungsfahrt nach Kroatien vom 22. bis 25. September informierten sich Mitglieder des Europa- und Rechtsausschusses in Zagreb unter anderem über den Strafvollzug, Strategien im Bereich der Meerespolitik, Erfahrungen mit der EU-Erweiterung sowie EU-Förderinstrumenten.

Die MV-Abgeordneten führten Gespräche mit Vertretern des Sabor – dem kroatischen Parlament –, des Justizministeriums, des für Energiefragen zuständigen Wirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Innere Angelegenheiten, des Kulturministeriums sowie mit dem Leiter der Repräsentanz der EU-Kommission in Kroatien. Sie knüpften Kontakte auf Politikfeldern, die auch für Mecklenburg-Vorpommern wichtig sind: Tourismus, Landwirtschaft und die Produktion von Nahrungsmitteln. Hier sollen Kooperationsmöglichkeiten ausgelotet werden. Auch im Bereich der erneuerbaren Energien verfügt Kroatien über ein enormes Potenzial. Parallelen gebe es auch im Justizbereich. Kroatien arbeite zurzeit an der Gerichtsstruktur mit dem Ziel, Standorte zusammenzufassen und die Dauer der Gerichtsverfahren zu verkürzen.

Der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses des Landtages **Detlef Müller** äußerte sich zufrieden über die Ergebnisse der Informationsfahrt. „Kroatien ist zu Recht Teil der Europäischen Union und eine echte Bereicherung“, sagte er rückblickend. Es sei beeindruckend, wie die vier Millionen Kroaten den Beitritt vom 1. Juli 2013 und die damit verbundenen Umstellungen und Herausforderungen bewältigten. Kroatien ist das jüngste Mitgliedsland der EU, seine Landesgrenzen zu Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro markieren zugleich die EU-Außengrenze.

Politischen Dialog fortsetzen

Landtagspräsidentin sprach zu den Parlamentspräsidenten Europas

Als gegenwärtige Präsidentin der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) sprach Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** am 11. September bei der Konferenz der Präsidenten der Parlamente des Europarates. In ihrer Rede im norwegischen Oslo hob sie die dringende Notwendigkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gerade in Krisenzeiten hervor.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz sei Anfang der 90er-Jahre in einer Zeit des grundlegenden politischen Wandels gegründet worden, um eine Plattform des ständigen parlamentarischen Dialogs zur Überwindung des Kalten Krieges zu schaffen und um die Ostsee als Meer des Friedens zu etablieren, sagte **Sylvia Bretschneider** bei der Konferenz im Storting, dem norwegischen Parlament. Dies müsse man vor Augen haben, wenn man sehe, wie die östliche Nachbarschaft der Ostsee durch Gewalt zerstört werde. Die Krise in der Ukraine sei in einem dramatischen Stadium. Umso wichtiger sei es, Gewalt und die Verletzung des internationalen Rechts und der Menschenrechte zu ächten. Bestehende Mechanismen, Netzwerke und Institutionen müssten dafür genutzt werden, den politischen Dialog und eine vertrauensbildende Kommunikation fortzusetzen, um Wege und Möglichkeiten zur Entschärfung der Krise zu finden. „Als Repräsentanten unserer Bürger haben wir eine Verpflichtung, zur Lösung von Konflikten beizutragen“, sagte Bretschneider. „Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um Konflikte durch politischen Dialog und nicht durch Waffen zu lösen“, betonte sie. Parlamentarische Zusammenarbeit sei ein kraftvoller Hebel, um im Rahmen eines transparenten, demokratischen und politisch fruchtbaren Prozesses mit Krisensituationen umzugehen.



Fotos: Landtag M-V

v. l.: Jochen Schulte (SPD), Dr. André Brie (DIE LINKE), Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Bodo Bahr (Landtagsverwaltung), Silke Gajek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Detlef Müller (SPD), Dietmar Eifler (CDU).

Konferenz der Ostseeparlamente

Landtagspräsidentin übernimmt BSPC-Vorsitz

Eine Delegation des Landtages unter Leitung der Präsidentin Sylvia Bretschneider nahm vom 24. bis 26. August an der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) im polnischen Olsztyn teil. Die rund 200 Teilnehmenden befassten sich mit der Zusammenarbeit in der Ostseeregion, umweltpolitischen Herausforderungen, dem gemeinsamen Kulturerbe sowie nachhaltigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Beziehungen in der Ostseeregion.

Die Konferenz hatte für den Landtag eine besondere Bedeutung, da Mecklenburg-Vorpommern die Jahreskonferenz 2015 ausrichten wird. Als nächste Gastgeberin erhielt Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** vom Ständigen Ausschuss der Konferenz einstimmig das Mandat der Vorsitzenden.

Die Delegationsmitglieder aus M-V brachten sich mit Redebeiträgen und Änderungsanträgen zur Konferenzresolution in die Debatten ein, wobei sich der Landtag insbesondere in den Themenfeldern Ostsee-Schutz, Integrierte Meerespolitik mit wirtschafts- und umweltpolitischen Schwerpunkten sowie Gesundheitswirtschaft engagiert. Sylvia Bretschneider nimmt im Auftrag der Ostseeparlamentarierkonferenz einen Beobachterstatus bei der Umweltorganisation HELCOM wahr, die sich mit dem Schutz von Natur und Lebensvielfalt in der Ostsee befasst. Ihr schrift-

licher Bericht war auch in diesem Jahr Gegenstand der Beratungen. Der Abgeordnete **Jochen Schulte** legte der Konferenz seinen Jahresbericht als Maritimer Berichterstatter der Ostseeparlamentarier vor. Beide Sondermandate wurden im Ständigen Ausschuss der BSPC verlängert.

„Die Tatsache, dass sich letztlich alle Delegationen – inklusive der russischen – auf einen gemeinsamen Resolutions-text einigen konnten, zeigt, dass auch in diesen schwierigen Zeiten eine Zusammenarbeit im Ostseeraum fortgesetzt wird“, bilanzierte Sylvia Bretschneider. Dabei sei auch die Situation in der Ukraine offen diskutiert worden. „Dass Parlamentarier aus der gesamten Ostseeregion zusammenkommen, ist in diesen Tagen eine Form aktiver Friedenspolitik“, betonte Bretschneider. Nun freue sie sich auf die Jahreskonferenz im kommenden Jahr in Rostock. Die Stadt sei mit ihren Forschungseinrichtungen, den maritimen Wirtschaftsunternehmen und ihrer geopolitischen Lage der perfekte Ort für diese Parlamentarierkonferenz.

BSPC

Seit 1991 unterstützt die Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC) die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Ostseeraum. Die Konferenz setzt sich aus Vertretern nationaler sowie regionaler Parlamente zusammen. Als repräsentatives Gremium dient sie der Stärkung der gemeinsamen Identität des Ostseeraumes. Die Ostseeparlamentarierkonferenz fördert die Zusammenarbeit staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen – insbesondere mit dem Ostseerat – und dient als Forum für Diskussionen und Informationsaustausch zwischen Parlamenten sowie anderen Gremien und Organisationen auf internationaler und interregionaler Ebene.

Individuelle Mobilität

Grundlagenexpertise in Enquete-Kommission vorgestellt

Derzeit erarbeiten das Deutsche Institut für Urbanistik gGmbH (Difu) und das Planungsbüro plan:mobil gemeinsam eine Grundlagenexpertise zu „Mobilität im Alter“. Am 12. September stellten sie der Enquete-Kommission des Landtages erste Ergebnisse vor.

Mobilität sei entscheidend, um der Alterseinsamkeit entgegenzuwirken und Lebensqualität zu erhalten, betonten die Gutachter. Jörg Thiemann-Linden (Difu) berichtete, dass in den letzten Jahren die Anzahl der Wege sowie auch die Länge der Wegstrecken älterer Menschen angestiegen seien. Die Autonutzung sei in Mecklenburg-Vorpommern besonders hoch. Doch nehme der Selbstfahrer-Anteil bei den über 60-Jährigen ab, gleichzeitig würden Wege häufiger zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt. Der Grund hierfür sei die starke Nahraumorientierung, erläuterte Dr. Jürgen Gies vom Difu. Die Nutzung des Fahrrades sei in Mecklenburg-Vorpommern auch wegen der flachen Landschaft überdurchschnittlich. Nötig seien ein gut ausgebautes Netz von straßenbegleitenden Radwegen, sichere Möglichkeiten der Querung breiter belebter Straßen, altengerechte Ampelschaltungen und gegebenenfalls Tempolimits. Für Ältere ohne Führerschein bleibe der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) das Hauptverkehrsmittel. Zwar seien Oberzentren entlang der Hauptlinien des ÖPNV oft gut erreichbar, doch schon bei Mittelzentren sei dies häufig anders. Die große Herausforderung sei, bei einer geringen Bevölkerungszahl für wenig Nutzer eine aufwendige Infrastruktur vorzuhalten.

Die Zwischenpräsentation zur Grundlagenexpertise veranschaulicht die Lage durch Fallstudien zu Verkehrsverbindungen in den zwei Lupenregionen Vorpommern-Greifswald und Ludwigslust-Parchim. Der derzeitige Fokus auf Schülerverkehr sei nicht ausreichend für eine unabhängige Lebensgestaltung, erläuterte Dr. Timo Barwisch vom Pla-

26. Kommissions-Sitzung

Am 10. Oktober berichtete Sozialministerin Birgit Hesse in der Enquete-Kommission über Aktivitäten und die strategische Ausrichtung der Landesregierung im Bereich „Bildung und Arbeit im Alter“. Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann vom Institut für Community Medicine der Universität Greifswald und Prof. Dr. Roman Oppermann von der Hochschule Neubrandenburg stellen der Kommission eine erste Grundlagenexpertise „Alter und Gesundheit/Pflege“ mit Analysen und Prognosen vor.



Foto: Landtag M-V

v.l. Dr. Timo Barwisch (plan:mobil), Dr. Jürgen Gies und Jörg Thiemann-Linden (beide Difu) bei der Vorstellung ihrer Untersuchungsergebnisse in der Enquete-Kommission.

nungsbüro plan:mobil. Andererseits seien Verkehrsmittel häufig nicht ausgelastet. Daher schlage er die Einführung eines landesweiten Senientickets vor, um die Auslastung des ÖPNV zu erhöhen. Im Fokus des zukünftigen „Integrierten Landesverkehrsplanes“ stünden außerdem sogenannte „Mobilitätsketten“ durch attraktivere Gestaltung der Schnittstellen von Bahn, Bus, Fahrrad, Auto und Fußgänger. Zudem solle die komplexe rechtliche Struktur der Finanzierung und Abstimmung des ÖPNV möglichst vereinfacht und an den größeren Anteil älterer Menschen angepasst werden. Dies würde jedoch durch unsichere finanzielle Handlungsspielräume erschwert.

Der zweite Teil des Gutachtens soll am 5. Dezember präsentiert werden. Dabei werde man detaillierter auf Handlungsansätze für die Zukunft eingehen.

Windkraft im Fokus

Energieausschuss besucht Bundesamt und Windenergieanlagenhersteller in Rostock

Beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) informierten sich die Abgeordneten über die Offshore-Windenergienutzung in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) – außerhalb der Hoheitsgewässer und Zuständigkeit des Landes. Zweites Ziel der externen Ausschuss-Sitzung war die Rotorblatt- und Gondelproduktion des Windenergieanlagenherstellers NORDEX Energy GmbH in der Hansestadt.

In den Fachvorträgen und der anschließenden Diskussion erörterten die Abgeordneten neben Struktur und Aufgaben des Bundesamtes die aktuelle Situation, den Baufortschritt und die weiteren Planungen von Windparks vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns, deren Netzanbindungen sowie die Ausbauziele im Zuge der deutschen Energiewende.



Mitglieder des Energieausschusses zu Besuch beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie Rostock.

Foto: Landtag M-V

Es wurde deutlich, dass die unterschiedlichen maritimen Nutzungsansprüche in der Ostseeregion (z.B. Windkraft, Fischerei, Tourismus, Verteidigung, Bodenschätze etc.) und die daraus resultierenden Konflikte weiter zunehmen werden. Allein für den Bereich der deutschen AWZ, die eine Fläche von ca. 4.500 km² umfasst, seien derzeit 17 Windparks beantragt. Davon habe das Bundesamt bislang 240 Windenergieanlagen an drei Standorten genehmigt (Arkona-becken Südost, Baltic 2, Wikinger). Der Windpark Baltic 2 – rund 30 km nördlich der Insel Rügen – befindet sich zurzeit im Bau und werde voraussichtlich ab 2015 ans Netz gehen. Beim anschließenden Besuch zweier Rostocker Produktionsstandorte der NORDEX Energy GmbH besichtigte der Energieausschuss Fertigungsbereiche der Rotorblatt- und Gondelproduktion. Bei der Unternehmenspräsentation wurde insbesondere die ökonomische und arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Standorte für Rostock deutlich. Hier beschäftigt das Unternehmen rund 1.400 Mitarbeiter in allen Bereichen von der Planung bis zur Fertigung von Anlagenkomponenten. Unternehmensziel für das Jahr 2015 sei ein bundesweiter Marktanteil im Bereich Onshore-Windenergieanlagen von 15 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern sogar mindestens 20 Prozent. Deshalb baut das Unternehmen seine Produktionskapazitäten in Rostock durch eine neue Fertigungshalle für Rotorblätter weiter aus.



Die Firma NORDEX produziert in Rostock u.a. Rotoren für Windkraftanlagen.

Foto: Landtag M-V

Ferkeltötung

Agrarausschuss informiert sich über tierschutzkonforme Tötungsverfahren

Als Reaktion auf die schockierenden Filmaufnahmen von Ferkeltötungen hat das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Leitlinien für tierschutzkonforme Verfahren zum Töten von nicht lebens- oder aufzuchtfähigen Ferkeln herausgegeben. Am 4. September stellte das Ministerium diese Leitlinien im Agrarausschuss des Landtages vor.



Foto: Jens Büttner

Nach dieser Richtlinie muss der Tierhalter jedem Ferkel mit guten Überlebenschancen die nötigen Lebensbedingungen zubilligen. Hierzu müsse jedes Tier nach der Geburt auf seine Lebensfähigkeit überprüft werden. Das Töten von nicht überlebendfähigen Ferkeln dürfe nur nach genau geregelten Betäubungs- und Tötungsmethoden erfolgen. Einfaches Aufschlagen der Tiere auf den Hallenboden und ähnliche unsachgemäße Verfahren sowie die Entsorgung von noch lebenden Tieren seien absolut unzulässig. Die Einhaltung der Vorschriften wird nach Aussage des Ministeriums grundsätzlich unangekündigt kontrolliert. Zudem würden Tierhalter und Zuchtverbände an einer Veränderung der Zuchtziele arbeiten: Künftig solle nicht mehr die Ferkelzahl im Mittelpunkt stehen, sondern die Ausgeglichenheit der Würfe.

Foto: Landtag M-V



Ein „Rauchtest“ bewies, dass das neue Lüftungssystem im Plenarsaal funktioniert.

Frischer Wind im Plenarsaal

Bauarbeiten für den Neubau laufen nach Plan

Im alten Plenarsaal weht ein neuer Wind. Und das ist durchaus wörtlich gemeint. Die Landtagsverwaltung testet ein modernes Lüftungssystem, das später auch im neuen Sitzungssaal eingesetzt werden soll. Nichts soll dem Zufall überlassen werden. Deshalb haben die Fachleute des Baureferats während der Parlamentsferien das alte Lüftungs-System umgerüstet und danach einen umfassenden Testlauf gestartet. Der Betrieb läuft nach Angaben des Baureferats nun so gut, dass Abgeordnete und Besucher bereits jetzt von dem verbesserten Klima profitieren.

Im Raum werde es behaglicher, heißt es in einer Empfehlung des Baureferats an die Baukommission des Landtages, die den Plenarsaal-Neubau begleitet. Zu „verdanken“ hat das der Landtag einem Querdenker in der Lüftungstechnik. Albert Bauer, Jahrgang 1951 und gelernter Elektromeister, gilt heute als Vorreiter in der Lüftungsbranche. Und das, weil er sich vor Jahren nicht mit den andauernden Beschwerden der Mitarbeiter im Gebäude der Stadtparkasse München abfinden wollte. Dort war er für die Betriebstechnik zuständig. Den Leuten sei



Dieses Foto entstand im August. Inzwischen ist der Fußboden des künftigen Plenarsaals

es entweder zu kalt oder zu warm und immer zu zugig gewesen, sagte er in einem Interview zu seinen Beweggründen, Althergebrachtes in Frage zu stellen. Also experimentierte er, beobachtete, befragte, wertete aus, veränderte und perfektionierte. Nach seinem „BaOpt-System“ fließt – ganz vereinfacht – die Luft nicht wie üblich gerichtet von A nach B, was zu unangenehmer Zugluft führen kann, sondern sie verteilt sich, wie die Fachleute sagen, „chaotisch“. „Der Raum wird in seiner gesamten Höhe gleichmäßig temperiert“, stellten Baufachleute nach dem „Rauchtest“ im Schweriner Landtag fest. In den Parlamentsferien hatten sie Wasserdampf mit dem von Bauer ausgetüftelten Regulierungssystem in den leeren Plenarsaal geleitet und damit die Luftströme sichtbar gemacht. „Ohne merkbaren Luftzug“ habe sich der im Raum verwirbelte Dampf in sehr kurzer Zeit gleichmäßig verteilt. „Der Test hat gezeigt, das System funktioniert“, lautet das Fazit der Landtagsverwaltung, die diese Raumbelüftung nach jetzigem Stand auch für den neuen Plenarsaal favorisiert – zumal man sich davon auch erhebliche Energieeinsparungen verspricht.



Foto: Jens Büttner

statisch stabilisiert und trägt nun das Gerüst für die Sanierung der Raumdecke.

Die Bauarbeiten für das Gesamt-Projekt verlaufen bislang nach Plan, versichert Petra Günther vom Baureferat der Landtagsverwaltung. Der alte Festsaal – Zentrum der Bauarbeiten – wird entkernt. Anfang Oktober wurde mit dem Aufbau eines stählernen Riesen-Gerüsts begonnen. Acht bis zehn Meter hoch füllt es den ansonsten leeren Raum. Von dort aus müssen unter anderem schadstoffbelastete Teile der Unterdecke fachmännisch entfernt und die Empore demontiert werden. 250 Tonnen Stahlbeton sind es nach Expertenberechnung, die aus der Baustelle herausgebracht werden müssen. Leichter gesagt als getan. Schließlich stellt die Statik auf dem schwankenden Inselboden besondere Anforderungen an die Arbeiten. „Wir müssen lastenneutral bauen“, erklärt Petra Günther. Was an Gewicht abgebaut wird, muss etappenweise und ohne große Verzögerung wieder eingebaut werden, damit die normalen Setzungserscheinungen im Rahmen bleiben und das Schloss nicht aus dem Gleichgewicht gerät. Dazu sind Spezialisten nötig. Für die Bauleistungen werden die Firmen über europaweite Ausschreibungen gebunden. Insgesamt acht Baubetriebe, darunter auch mehrere



Foto: Landtag M-V

Das 10 Meter hohe Gerüst wird für die Sanierung der Decke des neuen Plenarsaals gebraucht.

aus Schwerin, sind zurzeit am Großprojekt neuer Plenarsaal beteiligt.

Gewerke, die Hand in Hand arbeiten. Und eine Bauplanung, die viele Aspekte in dem denkmalgeschützten und vielfältig genutzten Gemäuer beachten muss. Beispielsweise, wann es nicht laut werden darf, weil etwa Landtagssitzung ist oder im Schlosscafé eine Hochzeitsgesellschaft feiert. Wöchentlich informiert das Baureferat alle Nutzer im Schloss über die aktuellen Bauarbeiten. „Bisher läuft alles wie am Schnürchen“, sagt Petra Günther und klopft schnell auf Holz. Auch Landtagsdirektor Armin Tebben ist zufrieden. „Es zeigt sich, dass es die richtige Entscheidung war, als Landtag die Bauleitung für den neuen Plenarsaal selbst in die Hand zu nehmen“, sagt er. So könnten die Bauarbeiten und das Parlamentsgeschehen optimal aufeinander abgestimmt werden. Zugleich würden die detaillierten Anforderungen für die Parlamentsarbeit im neuen Plenarbereich unmittelbar in die Projektplanungen einfließen.

Mit ein bisschen Phantasie kann sich der Betrachter inmitten des Baugeschehens schon ausmalen, wie es 2016 hier aussehen könnte: die Abgeordneten im kreisrunden Plenarsaal, aufmerksam beobachtet von Medienvertretern und Besuchern auf den gläsernen Tribünen darüber. Der Raum in helles Licht getaucht, das vom Burgsee her durch die Fensterfront flutet. Und wenn es heiß wird im Plenarsaal, dann nur im übertragenen Sinn wegen der hitzigen Debatten.

Foto: Jens Büttner



So soll der neue Plenarsaal aussehen.



Am 18. September konstituierte sich das Organisationskomitee des Altenparlaments, das im 1. Quartal 2016 zum 9. Mal stattfinden soll. Dem Komitee gehören Vertreter landesweit tätiger Vereine, Verbände und Institutionen an. Bernd Rosenheinrich (Landessenorenbeirat) übernahm den Vorsitz der Vorbereitungsteams. Traditionell versammeln sich 71 Seniorinnen und Senioren aus ganz Mecklenburg-Vorpommern zum Altenparlament im Landtag, um über Anliegen der älteren Generationen zu diskutieren und den Landtagsabgeordneten Anregungen für ihre seniorenpolitischen Diskussionen zu geben.



Mitte September war der Präsident des Niederösterreichischen Landtages, Ing. Hans Penz (2.v.r. im Gespräch mit Vorständen der Johanniter), Gast von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. Er besichtigte natürlich auch das Schweriner Schloss und trug sich ins Gästebuch des Landtages ein. Gemeinsam mit seiner Amtskollegin war Penz auf der MeLa in Mühlengiez, nahm in Boltenhagen an Gesprächen zum Tourismus teil, besuchte in Schwerin den Landeswettkampf der Johanniter und in Ludwigslust eine Grundschule und erlebte die Hengstparaden im Landgestüt Redefin. Niederösterreich ist das größte Bundesland Österreichs. Eine Zusammenarbeit mit M-V bietet sich insbesondere beim Tourismus an, der in beiden Regionen eine wichtige Säule der Wirtschaft darstellt.



Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider empfing am 3. September Aikido-Sportler aus verschiedenen Regionen Deutschlands sowie dem Ausland im Schweriner Schloss. Die Anhänger der japanischen Kampfkunst, darunter auch Sportler aus Mecklenburg-Vorpommern, hielten sich zu einem Lehrgang in Schwerin auf. Der deutschlandweite Aikido-Verband feiert in diesem Jahr sein 30-jähriges Bestehen. In Schwerin wird Aikido seit 20 Jahren gelehrt. Zahlreiche der anwesenden Sportlerinnen und Sportler engagieren sich für ihre Sportart als Trainer oder tragen Verantwortung in Vereinen und Verbänden. Nicht zuletzt dieses Engagement würdigte Sylvia Bretschneider mit ihrer Einladung in den Landtag.

Am 7. August begrüßte Landtags-Vizepräsidentin Silke Gajek (4.v.l.) Mitglieder des Vorstandes der in Hamburg ansässigen Stiftung „Lebendige Stadt“. Die Gruppe, darunter der ehemalige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein Peter Harry Carstensen und der einstige Kölner Oberbürgermeister Fritz Schramma, verschaffte sich im Anschluss an eine Stadtführung einen Eindruck vom Wahrzeichen der Landeshauptstadt. Verbunden sind die Stifter dem Schloss ohnehin. Ihre Stiftung hat auf Initiative der IHK zu Schwerin die Arbeit an einem neuen Konzept zur Beleuchtung des Gebäudes beratend und finanziell unterstützt.

